

No. 32539

**GERMANY
and
NETHERLANDS**

Agreement concerning transfrontier cooperation between territorial communities and other public agencies (with protocol). Signed at Isselburg-Anholt on 23 May 1991

Authentic texts : German and Dutch.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
PAYS-BAS**

Accord relatif à la coopération transfrontalière entre collectivités ou autorités territoriales et autres organismes publics (avec protocole). Signé à Isselburg-Anholt le 23 mai 1991

Textes authentiques : allemand et néerlandais.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DEM LAND NIEDERSACHSEN, DEM LAND NORDRHEIN-WESTFALEN UND DEM KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE ÜBER GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN UND ANDEREN ÖFFENTLICHEN STELLEN

Die Bundesrepublik Deutschland, das Land Niedersachsen, das Land Nordrhein-Westfalen und das Königreich der Niederlande –

im Bewußtsein der aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erwachsenden Vorteile, wie sie in dem am 21. Mai 1980 in Madrid geschlossenen Europäischen Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften aufgezeigt sind,

in dem Wunsch, diesen Körperschaften und anderen öffentlichen Stellen die Möglichkeit zu verschaffen, auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zusammenzuarbeiten –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Anwendungsbereich

(1) Dieses Abkommen findet Anwendung:

1. im Königreich der Niederlande auf „provincies“ und „gemeenten“,
2. im Land Niedersachsen auf Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise,
3. im Land Nordrhein-Westfalen auf Gemeinden, Kreise, Landschaftsverbände und den Kommunalverband Ruhrgebiet.

(2) „Openbare lichamen“ im Sinne von Artikel 8 des „Wet gemeenschappelijke regelingen“ vom 20. Dezember 1984, zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 1990, und Zweckverbände können sich an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligen, wenn ihre innerstaatlichen Organisationsstatute dies zulassen.

(3) Im Einvernehmen mit den anderen Vertragsstaaten kann jeder Vertragsstaat andere kommunale Körperschaften benennen, auf die die Regelungen dieses Abkommens zusätzlich Anwendung finden sollen.

(4) Absatz 3 findet auf sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts entsprechende Anwendung, wenn ihre Beteiligung nach innerstaatlichem Recht zulässig ist und an den Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch innerstaatliche kommunale Körperschaften beteiligt sind. Unter diesen Voraussetzungen ist auch die Beteiligung von Personen des Privatrechts mit Ausnahme einer Zusammenarbeit nach Artikel 6 zulässig.

(5) Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf Formen der Zusammenarbeit, an denen nur deutsche oder nur niederländische öffentliche Stellen beteiligt sind.

(6) Öffentliche Stellen im Sinne dieses Abkommens sind die in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten sowie die in Absatz 4 einbezogenen Personen.

Artikel 2

Ziel und Formen der Zusammenarbeit

(1) Öffentliche Stellen können im Rahmen der ihnen nach innerstaatlichem Recht zustehenden Befugnisse auf der Grundlage dieses Abkommens zusammenarbeiten, um eine wirtschaftliche und zweckmäßige Erfüllung ihrer Aufgaben im Wege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu fördern.

(2) Die Zusammenarbeit kann unbeschadet der zivilrechtlich gegebenen Möglichkeiten erfolgen durch:

1. Bildung von Zweckverbänden.
2. Abschluß öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen.
3. Bildung kommunaler Arbeitsgemeinschaften.

Artikel 3

Zweckverband

(1) Öffentliche Stellen können zur gemeinsamen Erfüllung von Aufgaben, die nach dem für sie jeweils geltenden innerstaatlichen Recht von einem öffentlich-rechtlichen Verband wahrgenommen werden dürfen, einen Zweckverband bilden.

(2) Der Zweckverband ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Er besitzt Rechtsfähigkeit.

(3) Soweit dieses Abkommen keine anderen Regelungen enthält, gelten für den Zweckverband die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem der Zweckverband seinen Sitz hat.

Artikel 4

Satzung und innere Struktur des Zweckverbands

(1) Zur Bildung des Zweckverbands vereinbaren die beteiligten öffentlichen Stellen eine Verbandssatzung.

(2) Organe des Zweckverbands sind die Verbandsversammlung und der Vorstand. Die Verbandssatzung kann unter Beachtung des jeweils anzuwendenden innerstaatlichen Rechts weitere Organe vorsehen.

(3) Die Verbandssatzung muß Bestimmungen enthalten über:

1. die Verbandsmitglieder,
 2. die Aufgaben und Befugnisse des Zweckverbands,
 3. den Namen und den Sitz des Zweckverbands,
 4. die Zuständigkeiten der Organe des Zweckverbands und die Zahl der Vertreter der öffentlichen Stellen in den Organen,
 5. das Einladungsverfahren,
 6. die zur Beschlußfassung erforderlichen Mehrheiten,
 7. die Öffentlichkeit der Sitzungen,
 8. Sprache und Form der Sitzungsniederschriften,
 9. die Art, in der die Vertreter der öffentlichen Stellen in der Verbandsversammlung den Organen der öffentlichen Stelle, die sie entsandt haben, Informationen erteilen,
 10. die Art, in der ein Vertreter der öffentlichen Stelle in der Verbandsversammlung von der öffentlichen Stelle, die ihn entsandt hat, für seine Tätigkeit im Rahmen dieser Versammlung zur Rechenschaft gezogen werden kann,
 11. die Art, in der die Verbandsversammlung den öffentlichen Stellen, die die Verbandssatzung vereinbart haben, Informationen erteilt,
 12. die Art der Rechnungsführung,
 13. die Festsetzung der Beiträge der Verbandsmitglieder,
 14. Beitritt und Austritt von Verbandsmitgliedern,
 15. die Auflösung des Zweckverbands und
 16. die Abwicklung des Zweckverbands nach seiner Auflösung.
- Sie kann weitere Bestimmungen vorsehen.

(4) Änderungen der Verbandssatzung bedürfen mindestens einer Zweidrittelmehrheit der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter der öffentlichen Stellen in der Verbandsversammlung. Die Verbandssatzung kann zusätzliche Voraussetzungen vorsehen.

(5) Die Entsendung von Vertretern der öffentlichen Stellen in die Verbandsversammlung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht des jeweiligen Staats. Gleiches gilt für die Rechte und Pflichten dieser Vertreter im Verhältnis zu ihren entsendenden Stellen, soweit dieses Abkommen nichts anderes regelt.

Artikel 5

Befugnisse des Zweckverbands gegenüber Dritten

(1) Der Zweckverband ist nicht berechtigt, Dritten durch Rechtsnorm oder Verwaltungsakt Verpflichtungen aufzuerlegen.

(2) Die Mitglieder des Zweckverbands sind ihm gegenüber verpflichtet, im Rahmen ihrer innerstaatlichen Befugnisse die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind.

Artikel 6

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

(1) Öffentliche Stellen können miteinander eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abschließen, soweit der Abschluß nach dem innerstaatlichen Recht der beteiligten öffentlichen Stellen zulässig ist. Die Vereinbarung bedarf der Schriftform.

(2) Durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung kann insbesondere geregelt werden, daß eine öffentliche Stelle Aufgaben einer anderen öffentlichen Stelle in deren Namen und nach deren Weisung unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der weisungsbefugten öffentlichen Stelle wahrnimmt. Die Vereinbarung, Aufgaben einer anderen öffentlichen Stelle im eigenen Namen wahrzunehmen, kann nicht getroffen werden.

(3) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung muß eine Regelung darüber enthalten, ob und in welchem Umfang im Verhältnis zwischen den beteiligten öffentlichen Stellen eine Freistellung von der Haftung gegenüber Dritten erfolgt.

(4) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung muß eine Regelung über die Voraussetzungen für eine Beendigung der Zusammenarbeit enthalten.

(5) Soweit in diesem Abkommen keine anderweitige Regelung getroffen ist, ist das Recht des Vertragsstaats anwendbar, auf dessen Gebiet die jeweilige Verpflichtung aus der Vereinbarung erfüllt werden soll.

Artikel 7

Kommunale Arbeitsgemeinschaft

(1) Öffentliche Stellen können durch schriftliche Vereinbarung eine kommunale Arbeitsgemeinschaft bilden. Eine kommunale Arbeitsgemeinschaft berät nach Maßgabe der getroffenen Vereinbarung Angelegenheiten, die ihre Mitglieder gemeinsam berühren.

(2) Eine kommunale Arbeitsgemeinschaft kann keine die Mitglieder oder Dritte bindenden Beschlüsse fassen.

Die Vereinbarung muß Bestimmungen enthalten über:

1. die Aufgabengebiete, auf denen sich die kommunale Arbeitsgemeinschaft betätigen soll,
2. die Durchführung der Arbeitsgemeinschaft,
3. den Sitz der Arbeitsgemeinschaft.

(4) Soweit in diesem Abkommen keine anderweitige Regelung getroffen ist, ist auf die kommunale Arbeitsgemeinschaft das Recht des Vertragsstaats anwendbar, in dem die Arbeitsgemeinschaft ihren Sitz hat.

Artikel 8

Wirksamkeitsvoraussetzungen für Maßnahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 2 Absatz 2 vorgesehenen Formen der Zusammenarbeit können nur rechtsverbindlich vereinbart und geändert werden, wenn die Vorschriften des innerstaatlichen Rechts der beteiligten öffentlichen Stellen über

1. Zuständigkeit und Beschlußfassung der Organe der öffentlichen Stellen,
2. Formerfordernisse,
3. Genehmigungen und
4. Bekanntmachungen

eingehalten worden sind.

(2) Öffentliche Stellen im Sinne von Artikel 1 haben die öffentlichen Stellen, die in anderen Vertragsstaaten gelegen sind, auf die Erfordernisse des Absatzes 1 hinzuweisen.

Artikel 9

Aufsicht

(1) Wenn das innerstaatliche Recht dies vorsieht, unterrichten die beteiligten öffentlichen Stellen ihre Aufsichtsbehörden über die Begründung, Änderung und Beendigung von Formen der Zusammenarbeit nach Artikel 2 Absatz 2, an denen sie beteiligt sind.

(2) Die Aufsichtsbefugnisse der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten über öffentliche Stellen, die ihrer Aufsicht unterstehen, bleiben unberührt.

(3) Für die Aufsicht über aufgrund dieses Abkommens gebildete Zweckverbände und kommunale Arbeitsgemeinschaften sind nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts die Aufsichtsbehörden des Vertragsstaats zuständig, in dem diese ihren Sitz haben. Die Aufsichtsbehörde sorgt für die Wahrung der Interessen aller öffentlichen Stellen der anderen Vertragsstaaten, die jeweils dem Zweckverband oder der kommunalen Arbeitsgemeinschaft angehören.

(4) Die nach Absatz 3 zuständigen Aufsichtsbehörden und die für die Aufsicht über die beteiligten öffentlichen Stellen zuständigen Aufsichtsbehörden der anderen Vertragsstaaten stellen sich auf Verlangen alle Informationen zur Verfügung und unterrichten sich gegenseitig über die wesentlichen Maßnahmen und Ergebnisse ihrer Aufsichtstätigkeit, sofern dies Auswirkungen auf die Zusammenarbeit haben kann. Aufsichtsmaßnahmen, die Zweckverbände oder kommunale Arbeitsgemeinschaften betreffen, dürfen nur im Benehmen mit den zuständigen Aufsichtsbehörden der anderen Vertragsstaaten getroffen werden, es sei denn, diese Maßnahmen sind unaufschiebbar.

(5) Bevor eine Aufsichtsbehörde eines Vertragsstaats Maßnahmen ergreift, die sich auf die Zusammenarbeit nach Artikel 6 beziehen, unterrichtet sie die zuständige Aufsichtsbehörde des anderen Vertragsstaats mit dem Ziel, eine Abstimmung herbeizuführen, es sei denn, die Maßnahme ist unaufschiebbar.

Artikel 10

Rechtsweg und Ansprüche Dritter

(1) Dritte behalten gegenüber einer öffentlichen Stelle, zu deren Gunsten oder in deren Namen ein Zweckverband oder eine andere öffentliche Stelle Aufgaben wahrnehmen, alle Ansprüche, die ihnen zustehen würden, wenn diese Aufgaben nicht im Wege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erfüllt worden wären. Der Rechtsweg richtet sich nach dem Recht des Vertragsstaats der öffentlichen Stelle, deren Aufgabe erfüllt worden ist.

(2) Neben der nach Absatz 1 verpflichteten öffentlichen Stelle haften auch der Zweckverband oder die öffentliche Stelle, die Aufgaben wahrnehmen. Ansprüche gegen sie richten sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem sie ihren Sitz haben.

(3) Wird ein Anspruch nach Absatz 1 gegen eine öffentliche Stelle erhoben, für die ein Zweckverband gehandelt hat, so ist der Zweckverband gegenüber der öffentlichen Stelle verpflichtet, diese von der Haftung gegenüber Dritten freizustellen.

Richtet sich der Anspruch gegen eine öffentliche Stelle, die aufgrund einer Vereinbarung nach Artikel 6 gehandelt hat, so gilt für die Haftung im Verhältnis zwischen diesen beiden öffentlichen Stellen die in der Vereinbarung nach Artikel 6 Absatz 3 enthaltene Regelung.

Artikel 11

Rechtsweg bei Streitigkeiten zwischen öffentlichen Stellen

(1) Bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zwischen öffentlichen Stellen, Zweckverbänden oder kommunalen Arbeitsgemeinschaften aufgrund der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist der Rechtsweg nach den Vorschriften des Vertragsstaats gegeben, in dem der Beklagte seinen Sitz hat.

(2) Die beteiligten öffentlichen Stellen können eine Schiedsvereinbarung treffen.

Artikel 12

Geltungsbereichsklausel

In bezug auf das Königreich der Niederlande gilt dieses Abkommen nur für das in Europa gelegene Hoheitsgebiet.

Artikel 13

Inkrafttreten

Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem der letzte Unterzeichnerstaat den anderen Unterzeichnerstaaten mitteilt, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Artikel 14

Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen mit einer Frist von zwei Jahren zum Ablauf eines Kalenderjahrs gegenüber den anderen Vertragsstaaten schriftlich kündigen.

(3) Kündigt das Land Niedersachsen oder das Land Nordrhein-Westfalen, bleibt das Abkommen zwischen den übrigen Vertragsstaaten wirksam. Im Falle der Kündigung durch eines dieser Länder kann das jeweils andere Land innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Kündigung erklären, daß es sich dieser anschließt.

(4) Wird das Abkommen gekündigt, so bleiben die vor dem Außerkrafttreten dieses Abkommens wirksam gewordenen Maßnahmen der Zusammenarbeit und die Bestimmungen des Abkommens, die sich unmittelbar auf die Formen der Zusammenarbeit beziehen, davon unberührt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Isselburg-Anholt am 23. Mai 1991 in vier Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

HANS-DIETRICH GENSCHER

Für das Land
Niedersachsen:

GERHARD SCHRÖDER

Für das Land
Nordrhein-Westfalen:

JOHANNES RAU

Für das Königreich
der Niederlande:

H. VAN DEN BROEK

DALES

PROTOKOLL

Bei Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Königreich der Niederlande über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen am 23. Mai 1991 in Isselburg haben die Vertragsparteien folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

Die Vertragsparteien werden um eine einheitliche Auslegung dieses Abkommens in seinem Geltungsbereich bemüht sein. Diesem Ziel dient bereits die von den Vertragsparteien gemeinsam erarbeitete Begründung zu dem Abkommen, die die Vertragsparteien dem Abkommen jeweils im Rahmen der innerstaatlichen Zustimmungsverfahren beifügen werden. Hält eine Vertragspartei Konsultationen über die Auslegung oder die Anwendung des Abkommens für erforderlich, werden sich die Vertragsparteien zu diesem Zweck auf der Ebene der zuständigen Ministerien treffen.

Geschehen zu Isselburg-Anholt am 23. Mai 1991 in vier Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

HANS-DIETRICH GENSCHER

Für das Land
Niedersachsen:

GERHARD SCHRÖDER

Für das Land
Nordrhein-Westfalen:

JOHANNES RAU

Für das Königreich
der Niederlande:

H. VAN DEN BROEK

DALES

[DUTCH TEXT — TEXTE NÉERLANDAIS]

OVEREENKOMST TUSSEN DE BONDSREPUBLICK DUITSLAND,
HET LAND NEDERSAKSEN, HET LAND NOORDRIJN-WEST-
FALEN EN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN INZAKE
GRENDOVERSCHRIJDENDE SAMENWERKING TUSSEN TER-
RITORIALE GEMEENSCHAPPEN OF AUTORITEITEN

De Bondsrepubliek Duitsland, het Land Nedersaksen, het Land Noordrijn-
Westfalen en het Koninkrijk der Nederlanden,

zich bewust van de uit grensoverschrijdende samenwerking voortvloeiende voorde-
len, zoals omschreven in de op 21 mei 1980 te Madrid gesloten Europese Kaderover-
eenkomst inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen
of autoriteiten,

geleid door de wens voor deze gemeenschappen of autoriteiten de mogelijkheid te
scheppen op publiekrechtelijke basis samen te werken -

zijn overeengekomen als volgt:

Artikel I

Reikwijdte

1. Deze Overeenkomst is van toepassing
 1. in het Koninkrijk der Nederlanden op provincies en gemeenten,
 2. in het Land Nedersaksen op "Gemeinden", "Samtgemeinden" en "Landkreise",
 3. in het Land Noordrijn-Westfalen op "Gemeinden", "Kreise", "Landschaftsverbände" en de "Kommunalverband Ruhrgebiet".
2. Openbare lichamen in de zin van artikel 8 van de Wet gemeenschappelijke regelingen van 20 december 1984, laatstelijk gewijzigd bij wet van 13 december 1990, en "Zweckverbände" kunnen deelnemen aan grensoverschrijdende samenwerking, indien dit op grond van hun interne regelingen is toegestaan.
3. In overleg met de andere Overeenkomstsluitende Staten kan elk der Overeenkomstsluitende Staten andere lokale of regionale gemeenschappen aanwijzen, waarop de bepalingen van deze Overeenkomst mede van toepassing zullen zijn.

4. Het derde lid is van overeenkomstige toepassing op andere publiekrechtelijke rechtspersonen, indien deelneming van hen volgens het interne recht van hun Staat is toegestaan en indien ook lokale of regionale gemeenschappen van de desbetreffende Staat deelnemen aan de vormen van grensoverschrijdende samenwerking. Onder deze voorwaarden is ook de deelneming van privaatrechtelijke personen toegestaan, met uitzondering van samenwerking overeenkomstig artikel 6.

5. Deze Overeenkomst is niet van toepassing op vormen van samenwerking waarin uitsluitend Duitse of uitsluitend Nederlandse territoriale gemeenschappen of autoriteiten deelnemen.

6. Territoriale gemeenschappen of autoriteiten in de zin van deze Overeenkomst zijn de in het eerste, tweede en derde lid genoemde, alsmede de in het vierde lid bedoelde rechtspersonen.

Artikel 2

Doel en vormen van de samenwerking

1. Territoriale gemeenschappen of autoriteiten kunnen in het kader van de bevoegdheden die zij volgens het interne recht van hun Staat hebben, op basis van deze Overeenkomst samenwerken, om een efficiënte en doelmatige behartiging van hun taken door middel van grensoverschrijdende samenwerking te bevorderen.

2. Onverminderd de mogelijkheden om op basis van het privaatrecht samen te werken, kan de samenwerking geschieden door

1. het treffen van een gemeenschappelijke regeling waarbij een openbaar lichaam wordt ingesteld,
2. het treffen van een gemeenschappelijke regeling waarbij geen openbaar lichaam of gemeenschappelijk orgaan wordt ingesteld,
3. het treffen van een gemeenschappelijke regeling waarbij een gemeenschappelijk orgaan wordt ingesteld.

Artikel 3

Openbaar lichaam

1. Territoriale gemeenschappen of autoriteiten kunnen ter gemeenschappelijke vervulling van taken die volgens het voor elk van hen geldende interne recht door een

publiekrechtelijk lichaam kunnen worden behartigd, een gemeenschappelijke regeling treffen waarbij een openbaar lichaam wordt ingesteld.

2. Het openbaar lichaam is een publiekrechtelijk lichaam. Het bezit rechtspersoonlijkheid.

3. Voor zover deze Overeenkomst geen andere bepalingen bevat, geldt voor het openbaar lichaam het recht van de Overeenkomstsluitende Staat waar de zetel van het openbaar lichaam is gevestigd.

Artikel 4

Regeling en interne structuur van het openbaar lichaam

1. De deelnemende territoriale gemeenschappen of autoriteiten stellen het openbaar lichaam bij regeling in.

2. Organen van het openbaar lichaam zijn het algemeen bestuur en het dagelijks bestuur. De regeling kan met inachtneming van het toe te passen interne recht in meer organen voorzien.

3. De regeling dient bepalingen te bevatten over:

1. de deelnemers aan de regeling;
2. de taken en bevoegdheden van het openbaar lichaam;
3. de naam en de zetel van het openbaar lichaam;
4. de bevoegdheden van de organen van het openbaar lichaam en het aantal vertegenwoordigers van de territoriale gemeenschappen en autoriteiten in de organen;
5. de convocatieprocedure;
6. de voor de besluitvorming vereiste meerderheden;
7. de openbaarheid van de vergaderingen;
8. de taal en de vorm van de notulen van de vergaderingen;
9. de wijze waarop de vertegenwoordigers van de territoriale gemeenschappen of autoriteiten in het algemeen bestuur inlichtingen verstrekken aan de organen van de territoriale gemeenschap of autoriteit die hen hebben afgevaardigd;
10. de wijze waarop een vertegenwoordiger van de territoriale gemeenschap of autoriteit in het algemeen bestuur door de territoriale gemeenschap of autori-

teit die hem heeft afgevaardigd, ter verantwoording kan worden geroepen voor het door hem in dat bestuur gevoerde beleid;

11. de wijze waarop het algemeen bestuur inlichtingen verstrekt aan de territoriale gemeenschappen of autoriteiten die de regeling zijn aangegaan;
12. de wijze van boekhouding;
13. de vaststelling van de bijdragen van de deelnemers aan de regeling;
14. de toetreding en uittreding van de deelnemers aan de regeling;
15. de opheffing van de regeling waarbij het openbaar lichaam is ingesteld en
16. de afwikkeling van de regeling waarbij het openbaar lichaam is ingesteld nadat deze is opgeheven.

De regeling kan in verdere bepalingen voorzien.

4. Voor wijzigingen van de regeling is een meerderheid van ten minste twee derde van het in de regeling bepaalde aantal vertegenwoordigers van de territoriale gemeenschappen of autoriteiten in het algemeen bestuur vereist. De regeling kan in aanvullende voorwaarden voorzien.

5. De afvaardiging van vertegenwoordigers van de deelnemende territoriale gemeenschappen of autoriteiten naar het algemeen bestuur richt zich naar het interne recht van de betrokken Staat. Hetzelfde geldt voor de rechten en verplichtingen van deze vertegenwoordigers jegens de afvaardigende instellingen, voor zover deze Overeenkomst niet anders bepaalt.

Artikel 5

Bevoegdheden van het openbaar lichaam tegenover derden

1. Het openbaar lichaam is niet bevoegd bij verordening algemeen verbindende voorschriften vast te stellen of bij beschikking verplichtingen op te leggen.
2. De deelnemers aan de regeling waarbij het openbaar lichaam is ingesteld zijn jegens het openbaar lichaam verplicht, binnen de grenzen van de hun krachtens het interne recht van hun Staat toekomende bevoegdheden, de maatregelen te treffen die voor de vervulling van zijn taken noodzakelijk zijn.

Artikel 6***Gemeenschappelijke regeling waarbij geen openbaar lichaam of gemeenschappelijk orgaan wordt ingesteld***

1. Territoriale gemeenschappen of autoriteiten kunnen een gemeenschappelijke regeling treffen waarbij geen openbaar lichaam of gemeenschappelijk orgaan wordt ingesteld, voor zover dit volgens het recht van de Staat van de deelnemende territoriale gemeenschappen of autoriteiten is toegestaan. De gemeenschappelijke regeling dient schriftelijk te worden vastgelegd.
2. In de in het eerste lid bedoelde gemeenschappelijke regeling kan in het bijzonder worden geregeld, dat een territoriale gemeenschap of autoriteit taken behartigt van een andere territoriale gemeenschap of autoriteit in naam en volgens de instructies van deze, met inachtneming van het recht van de Staat van de tot het geven van instructies bevoegde territoriale gemeenschap of autoriteit. In de gemeenschappelijke regeling kan niet worden bepaald dat taken van een andere territoriale gemeenschap of autoriteit in eigen naam worden behartigd.
3. De gemeenschappelijke regeling dient een bepaling te bevatten waarin is vastgelegd of, en zo ja, in welke mate, er sprake is van vrijwaring tussen de deelnemende territoriale gemeenschappen of autoriteiten onderling van aansprakelijkheid jegens derden.
4. De gemeenschappelijke regeling dient een bepaling te bevatten over de voorwaarden voor de beëindiging van de samenwerking.
5. Voor zover in deze Overeenkomst geen andere bepalingen zijn opgenomen, is het recht van toepassing van de Overeenkomstsluitende Staat op het grondgebied waarvan de desbetreffende verplichting uit de gemeenschappelijke regeling moet worden vervuld.

Artikel 7***Gemeenschappelijk orgaan***

1. Territoriale gemeenschappen of autoriteiten kunnen een gemeenschappelijke regeling treffen waarbij een gemeenschappelijk orgaan wordt ingesteld. Dit gemeenschappelijk orgaan beraadslagt met inachtneming van het bepaalde in de gemeenschappelijke regeling over aangelegenheden die de deelnemers gezamenlijk aangaan.

2. Het gemeenschappelijk orgaan kan geen de deelnemers of derden bindende beslissingen nemen.
3. De gemeenschappelijke regeling dient bepalingen te bevatten over
 1. de taakgebieden waarmee het gemeenschappelijk orgaan zich bezig zal houden,
 2. de wijze waarop de samenwerking binnen het orgaan gestalte krijgt,
 3. de zetel van het gemeenschappelijk orgaan.
4. Voor zover deze Overeenkomst geen andere bepalingen bevat, geldt voor het gemeenschappelijk orgaan het recht van de Overeenkomstsluitende Staat waar de zetel van het gemeenschappelijk orgaan is gevestigd.

Artikel 8

Geldigheidsvereisten voor maatregelen van grensoverschrijdende samenwerking

1. De in artikel 2, tweede lid, voorziene vormen van samenwerking kunnen slechts rechtsgeldig worden overeengekomen en gewijzigd, indien de bepalingen van het recht van de Staat van de deelnemende territoriale gemeenschappen of autoriteiten over
 1. de bevoegdheid en de besluitvorming van de organen van de territoriale gemeenschappen of autoriteiten,
 2. vormvoorschriften,
 3. goedkeuring en
 4. openbaarmakingin acht zijn genomen.
2. Territoriale gemeenschappen of autoriteiten als bedoeld in artikel 1 wijzen de territoriale gemeenschappen of autoriteiten die in andere Overeenkomstsluitende Staten zijn gevestigd op de vereisten die het eerste lid stelt.

Artikel 9

Toezicht

1. Indien het interne recht van hun Staat zulks vereist, geven de betrokken territoriale gemeenschappen of autoriteiten aan de autoriteiten aan het toezicht waarvan zij

onderworpen zijn, informatie over de oprichting, wijziging en opheffing van vormen van samenwerking ingevolge artikel 2, tweede lid, waaraan zij deelnemen.

2. De bevoegdheden van de bevoegde autoriteiten van de Overeenkomstsluitende Staten inzake het toezicht op territoriale gemeenschappen of autoriteiten die aan hun toezicht onderworpen zijn, blijven onverlet.

3. Voor het toezicht op op basis van deze Overeenkomst ingestelde opembare lichamen en gemeenschappelijke organen zijn met inachtneming van het interne recht van hun Staat de toezichthoudende autoriteiten bevoegd van de Overeenkomstsluitende Staat waar zij hun zetel hebben. De toezichthoudende autoriteit zorgt voor de behartiging van de belangen van alle territoriale gemeenschappen of autoriteiten van de andere Overeenkomstsluitende Staten die deelnemen in het openbaar lichaam of gemeenschappelijk orgaan.

4. De ingevolge het derde lid bevoegde toezichthoudende autoriteiten en de voor het toezicht op de deelnemende territoriale gemeenschappen en autoriteiten bevoegde toezichthoudende autoriteiten van de andere Overeenkomstsluitende Staten geven elkaar desgevraagd alle informatie en stellen elkaar wederzijds op de hoogte van de essentiële maatregelen en resultaten van hun toezicht, voor zover dit gevolgen kan hebben voor de samenwerking. Maatregelen inzake het toezicht die openbare lichamen of gemeenschappelijke organen betreffen mogen slechts na overleg met de bevoegde toezichthoudende autoriteiten van de andere Overeenkomstsluitende Staten worden getroffen, tenzij deze maatregelen geen uitstel dulden.

5. Voordat een toezichthoudende autoriteit van een Overeenkomstsluitende Staat maatregelen treft die betrekking hebben op de samenwerking ingevolge artikel 6, informeert zij de bevoegde toezichthoudende instantie van de andere Overeenkomstsluitende Staat om tot onderlinge afstemming te komen, tenzij de maatregel geen uitstel duldt.

Artikel 10

Rechtsgang en aanspraken van derden

1. Derden behouden jegens een territoriale gemeenschap of autoriteit ten behoeve waarvan of in naam waarvan een openbaar lichaam of een andere territoriale gemeenschap of autoriteit taken behartigen, alle rechtsoverdrachten die hun zouden toekomen

indien deze taken niet via grensoverschrijdende samenwerking zouden zijn vervuld. De rechtsgang richt zich naar het recht van de Overeenkomstsluitende Staat van de territoriale gemeenschap of autoriteit wier taak is vervuld.

2. Naast de de ingevolge het eerste lid aansprakelijke territoriale gemeenschap of autoriteit zijn ook het openbaar lichaam of de territoriale gemeenschap of autoriteit die taken behartigen aansprakelijk. Rechtsvorderingen tegen hen richten zich naar het recht van de Overeenkomstsluitende Staat waar hun zetel is gevestigd.

3. Indien een rechtsvordering overeenkomstig het eerste lid wordt ingesteld tegen een territoriale gemeenschap of autoriteit namens welke een openbaar lichaam heeft gehandeld, dan is het openbaar lichaam tegenover de territoriale gemeenschap of autoriteit verplicht deze te vrijwaren van aansprakelijkheid jegens derden. Indien de rechtsvordering gericht is tegen een territoriale gemeenschap of autoriteit die op basis van een gemeenschappelijke regeling ingevolge artikel 6 heeft gehandeld, geldt voor de onderlinge aansprakelijkheid tussen de twee betrokken territoriale gemeenschappen of autoriteiten het daaromtrent in de gemeenschappelijke regeling bepaalde ingevolge artikel 6, derde lid.

Artikel 11

Rechtsgang bij geschillen tussen territoriale gemeenschappen of autoriteiten

1. Bij publiekrechtelijke geschillen tussen territoriale gemeenschappen of autoriteiten, openbare lichamen of gemeenschappelijke organen die naar aanleiding van grensoverschrijdende samenwerking zijn gerezen, wordt de rechtsgang bepaald volgens de regels van de Overeenkomstsluitende Staat waar de zetel van de gedaagde is gevestigd.
2. De betrokken territoriale gemeenschappen of autoriteiten kunnen overeenkomen geschillen voor te leggen aan een scheidsgerecht.

Artikel 12

Territoriale reikwijdte

Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft geldt deze Overeenkomst slechts voor het Rijk in Europa.

Artikel 13*Inwerkingtreding*

De Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de datum waarop de laatste Overeenkomstsluitende Staat de andere Overeenkomstsluitende Staten mededeling doet dat aan de interne vereisten voor inwerkingtreding is voldaan.


Artikel 14*Werkingsduur en opzegging*

1. Deze Overeenkomst wordt aangegegaan voor onbepaalde tijd.
2. Ieder van de Overeenkomstsluitende Staten kan deze Overeenkomst tegenover de andere Overeenkomstsluitende Staten schriftelijk opzeggen; de opzegtermijn bedraagt twee jaar, te rekenen vanaf het einde van het kalenderjaar.
3. In geval van opzegging door het Land Nedersaksen of het Land Noordrijn-Westfalen blijft de Overeenkomst tussen de overige Overeenkomstsluitende Staten van kracht. In geval van opzegging door één van deze Landen kan het andere Land binnen drie maanden na de ontvangst van de opzegging verklaren dat het zich daarbij aansluit.
4. Indien de Overeenkomst wordt opgezegd, blijven de vóór de buitenwerkingstelling van de Overeenkomst tot stand gekomen maatregelen als gevolg van samenwerking en de bepalingen van de Overeenkomst welke rechtstreeks op de vormen van samenwerking van toepassing zijn, onverlet.

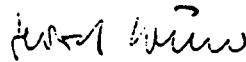
TEN BLIJKE WAARVAN de daartoe behoorlijk bevoegd verklaarde gevolmachtigden deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GEDAAN te Isselburg-Anholt, op 23 mei 1991 in vier oorspronkelijke exemplaren in de Nederlandse en de Duitse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Voor de Bondsrepubliek
Duitsland:



Voor het Land
Nedersaksen:



Voor het Land
Noordrijn-Westfalen:



Voor het Koninkrijk
der Nederlanden:



PROTOCOL

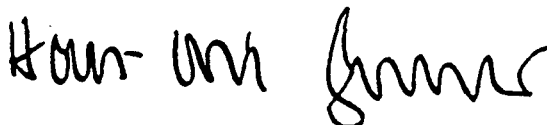
Bij de ondertekening van de Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland, het Land Nedersaksen, het Land Noordrijn-Westfalen en het Koninkrijk der Nederlanden, inzake grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale gemeenschappen of autoriteiten op 23 mei 1991 te Isselburg (BRD) hebben de Overeenkomstsluitende Partijen de volgende afspraken gemaakt, die een integrerend deel van de Overeenkomst vormen:

De Overeenkomstsluitende Partijen zullen streven naar een uniforme uitlegging van deze Overeenkomst binnen de reikwijdte daarvan. Dit doel dient reeds de door de Overeenkomstsluitende Partijen gezamenlijk opgestelde Toelichting bij de Overeenkomst, die de Overeenkomstsluitende Partijen in het kader van de interne goedkeuringsprocedures steeds bij de Overeenkomst zullen voegen.

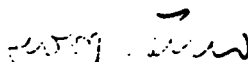
Indien een Overeenkomstsluitende Partij consultaties over de uitlegging of de toepassing van de Overeenkomst noodzakelijk acht, zullen de Overeenkomstsluitende Partijen op het niveau van de bevoegde ministeries hiertoe bijeenkomen.

GEDAAN te Isselburg-Anholt, op 23 mei 1991 in vier oorspronkelijke exemplaren in de Nederlandse en de Duitse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Voor de Bondsrepubliek
Duitsland:



Voor het Land
Nedersaksen:



Voor het Land
Noordrijn-Westfalen:



Voor het Koninkrijk
der Nederlanden:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, THE LAND OF LOWER SAXONY, THE LAND OF NORTH RHINE-WESTPHALIA, AND THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS CONCERNING TRANSFRONTIER COOPERATION BETWEEN TERRITORIAL COMMUNITIES AND OTHER PUBLIC AGENCIES

The Federal Republic of Germany, the Land of Lower Saxony, the Land of North Rhine-Westphalia, and the Kingdom of the Netherlands,

Cognizant of the benefits that have been derived from transfrontier cooperation, as they are indicated in the European outline Convention on Transfrontier Cooperation between Territorial Communities or authorities concluded in Madrid on 21 May 1980,²

Desirous of creating for these communities and other public agencies the possibility of cooperating on the basis of public law,

Have agreed as follows:

Article 1

SCOPE

- 1) This Agreement applies:
 1. To “provincies” and “gemeenten” in the Kingdom of the Netherlands,
 2. To municipalities, groups of municipalities, and counties in the Land of Lower Saxony,
 3. To municipalities, rural districts, district associations, and the association of communities in the Ruhr in the Land of North Rhine-Westphalia.
- 2) “Public agencies” within the meaning of article 8 of the “Common Regulations Act” of 20 December 1984, last changed by law on 13 December 1990, and Specific Administration Unions may participate in transfrontier cooperation if their domestic organization statutes permit this.
- 3) In agreement with the other Contracting States, each Contracting State may designate other communal institutions to which the regulations of this Agreement are additionally to apply.
- 4) Paragraph 3 appropriately applies to other juridical persons of public law if their participation is permissible according to domestic law and domestic communal institutions also participate in the forms of transfrontier cooperation. Among these

¹ Came into force on 1 January 1993, i.e., the first day of the second month following the date on which the Contracting Parties had notified each other (on 26 November 1992) of the completion of the national requirements, in accordance with article 13.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 1272, No. 1-20967.

preconditions, the participation of persons of civil law is also permissible, with the exception of cooperation in accordance with article 6.

5) This Agreement does not apply to forms of cooperation in which only German or only Dutch public agencies participate.

6) Public agencies within the meaning of this Agreement are those persons named in paragraphs 1, 2 and 3 and included in paragraph 4.

Article 2

GOAL AND FORMS OF COOPERATION

1) Public agencies may cooperate on the basis of this Agreement within the framework of the powers granted them according to domestic law in order to promote the economically efficient and appropriate execution of their tasks in the course of transfrontier cooperation.

2) Cooperation may, the given possibilities of civil law notwithstanding, be carried out by:

1. The establishment of Specific Administration Unions,
2. The conclusion of public legal agreements,
3. The establishment of communal work groups.

Article 3

SPECIFIC ADMINISTRATION UNION

1) Public agencies may establish a Specific Administration Union for the common execution of tasks that may be protected by a public-law union according to the domestic law respectively applicable to them.

2) The Specific Administration Union is a public body. It possesses legal standing.

3) Insofar as this Agreement contains no other regulations, the legal provisions of the Contracting State in which the Specific Administration Union has its seat shall apply to the Specific Administration Union.

Article 4

BYLAWS AND INTERNAL STRUCTURE OF THE SPECIFIC ADMINISTRATION UNION

1) The participating public agencies shall agree upon union bylaws for the establishment of the Specific Administration Union.

2) The organs of the Specific Administration Union are the Union Assembly and the Union Board of Directors. The Union Assembly may designate additional organs in consideration of respective applicable domestic law.

3) The Union Bylaws must contain provisions concerning:

1. Union members,
2. The tasks and powers of the Specific Administration Union,

3. The names and the seat of the Specific Administration Union,
 4. The responsibilities of the organs of the Specific Administration Union and the number of representatives of public agencies in the organs,
 5. The process of invitation,
 6. The majorities required for the passing of resolutions,
 7. The public character of meetings,
 8. The language and form of meeting minutes,
 9. The manner in which the representatives of public agencies in the Union Assembly distribute information to the organs of the public agency that has dispatched them,
 10. The manner in which a representative of the public agency in the Union Assembly can be held accountable for his activity by the public agency that has sent him within the framework of this Agreement,
 11. The manner in which the Union Assembly shall distribute information to the public agencies that have agreed upon the Union Bylaws,
 12. The manner of accounting,
 13. The establishment of contributions by Union members,
 14. The entry and withdrawal of Union members,
 15. The dissolution of the Specific Administration Union, and
 16. The liquidation of the Specific Administration Union after its dissolution.
- It may provide additional stipulations.
- 4) Changes to the Union Bylaws require at least a two-thirds majority of the regular number of representatives of the public agencies in the Union Assembly. The Union Bylaws may provide additional stipulations.
 - 5) The dispatch of representatives of the public agencies to the Union Assembly shall proceed according to the domestic law of the state in question. The same applies to the rights and responsibilities of these representatives in their relationship with their dispatching agencies, unless otherwise provided by this Agreement.

Article 5

POWERS OF THE SPECIFIC ADMINISTRATION UNION VIS-À-VIS THIRD PARTIES

- 1) The Specific Administration Union is not authorized to delegate responsibilities to third parties by legal enactment or administrative action.
- 2) The members of the Specific Administration Union are obligated to take those measures necessary for the execution of its tasks within the framework of their domestic authorization.

Article 6

PUBLIC-LAW AGREEMENT

1) Public agencies may conclude a public-law agreement with one another, insofar as this conclusion is permissible according to the domestic law of the participating public agencies.

2) It may, in particular, be regulated by public-law agreement that a public agency assumes the tasks of another public agency in its name and pursuant to its directive in accordance with the domestic law of the agency authorized to issue directives. An agreement to assume the tasks of another public agency in its own name cannot be concluded.

3) The public-law agreement must contain a provision concerning whether and to what extent a release from liability vis-à-vis third parties exists in the relationship between the participating public agencies.

4) The public-law agreement must contain a provision concerning the prerequisites for a termination of cooperation.

5) Unless otherwise provided in this Agreement, the law of the Contracting State on whose territory the obligation in question is to be met by the agreement is applicable.

Article 7

COMMUNAL WORK GROUP

1) Public agencies may establish a communal work group through written agreement. A communal work group discusses, in accordance with the concluded agreement, matters mutually affecting its members.

2) A communal work group may conclude no resolutions binding on its members or third parties.

3) The agreement must contain provisions concerning:

1. The areas of work in which the communal work group shall be active,
2. The implementation of the work group,
3. The seat of the work group.

4) Unless otherwise provided in this Agreement, the law of the Contracting State in which the work group has its seat is applicable to the communal work group.

Article 8

PREREQUISITES FOR THE VALIDITY OF TRANSFRONTIER COOPERATION ACTIONS

1) The forms of cooperation provided for in article 2, paragraph 2, may be legally agreed upon and changed only if the regulations of the domestic law of the participating public agencies have been upheld with respect to:

1. The competence and resolutions of the organs of the public agencies,
2. Requirements of form,

3. Approvals, and

4. Notifications.

2) Public agencies within the meaning of article 1 are required to call the requirements of paragraph 1 to the attention of public agencies that are located in other Contracting States.

Article 9

SUPERVISION

1) If so provided for by domestic law, the participating public agencies shall inform their supervising authorities of the establishment, alteration, and termination of forms of cooperation in which they are participating in accordance with article 2, paragraph 2.

2) The supervisory powers of the competent authorities of the Contracting States over public agencies subject to their supervision remained unaffected.

3) For the supervision of Specific Administration Unions and working groups established on the basis of this Agreement, the supervisory authorities of the Contracting State in which they have their seat are competent in accordance with domestic law. The supervisory authority shall provide for the protection of the interests of all public agencies of the other Contracting States that belong to the Specific Administration Union or to the communal work group in question.

4) The competent supervisory authorities as provided in paragraph 3 and the supervisory authorities of the other Contracting States competent for participating public agencies shall provide any information upon request and inform one another about the essential measures and results of their supervisory activity, insofar as this might have effects upon cooperation. Supervisory measures that concern Specific Administration Unions or communal work groups may be taken only in agreement with the competent supervisory authorities of the other Contracting States unless these measures are undeferable.

5) Before a supervisory authority of a Contracting State takes measures that relate to cooperation in accordance with article 6, it shall inform the competent supervisory authority of the other Contracting State with the goal of reaching agreement unless the measure is undeferable.

Article 10

LEGAL RECOURSE AND THIRD PARTY CLAIMS

1) Vis-à-vis a public agency in whose favour or in whose name a Specific Administration Union or another public agency assumes tasks, third parties retain all rights that would be accorded to them if these tasks were not performed in the course of transfrontier cooperation. Legal recourse shall be taken in accordance with the law of the Contracting State of the public agency whose task has been performed.

2) In addition to the public agency obligated under paragraph 1, the Specific Administration Union or the public agency that assumes tasks shall also bear re-

sponsibility. Claims against them shall be made in accordance with the law of the Contracting State in which they have their seat.

3) If a claim is made against a public agency on whose behalf a Specific Administration Union has acted in accordance with paragraph 1, then the Specific Administration Union is obligated vis-à-vis the public agency to relieve that agency of obligation vis-à-vis third parties.

If the claim is made against a public agency that acted on the basis of an agreement under article 6, then the provision contained in the agreement under article 6, paragraph 3, shall apply to the obligation in the relation between these two public agencies.

Article 11

LEGAL RECOURSE IN DISPUTES BETWEEN PUBLIC AGENCIES

1) In public-law disputes involving transfrontier cooperation between public agencies, Specific Administration Unions or communal work groups, legal recourse shall be in accordance with the regulations of the Contracting State in which the defendant has its seat.

2) Participating public agencies may reach an arbitration agreement.

Article 12

PURVIEW CLAUSE

With respect to the Kingdom of the Netherlands, this Agreement applies only to territory situated in Europe.

Article 13

ENTRY INTO FORCE

The Agreement shall enter into force on the first day of the second month after the day on which the final signatory State has informed the other signatory States that the necessary domestic prerequisites for the entry into force of the Agreement have been met.

Article 14

DURATION OF VALIDITY AND DENUNCIATION

1) This Agreement is concluded for an indefinite period.

2) Any Contracting State may denounce this Agreement vis-à-vis the other Contracting States by giving two years' written notice, as reckoned by the conclusion of a calendar year.

3) In the event of a denunciation by the Land of Lower Saxony or the Land of North Rhine-Westphalia, the Agreement shall remain in effect between the remaining Contracting States. In case of denunciation by one of these Lands, the other Land in question may declare within three months of receipt of this denunciation that it is doing the same.

4) If the Agreement is denounced, the measures of cooperation that have become effective before the expiration of force of this Agreement and the provisions of the Agreement that relate directly to the forms of cooperation, shall remain unaffected thereby.

IN WITNESS WHEREOF, the duly authorized representatives have signed this Agreement.

DONE at Isselburg-Anholt on 23 May 1991 in four originals, each in the German and Dutch languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

HANS-DIETRICH GENSCHER

For the Land
of Lower Saxony:

GERHARD SCHRÖDER

For the Land
of North Rhine-Westphalia:

JOHANNES RAU

For the Kingdom
of the Netherlands:

H. VAN DEN BROEK

DALES

PROTOCOL

Upon signing the Agreement between the Federal Republic of Germany, the Land of Lower Saxony, the Land of North Rhine-Westphalia, and the Kingdom of the Netherlands concerning Transfrontier Cooperation between Territorial Communities and Other Public Agencies in Isselburg on 23 May 1991, the Contracting Parties have made the following agreements that are part of the Agreement:

The Contracting Parties shall endeavour to interpret this Agreement in a uniform manner. The justification of the Agreement produced jointly by the Contracting Parties, which the Contracting Parties shall respectively append to the Agreement within the framework of domestic approval procedures, already serves this purpose. If a Contracting Party deems consultations on the interpretation or the application of the Agreement necessary, the Contracting Parties shall meet for this purpose at the level of the competent ministries.

DONE at Isselburg-Anholt on 23 May 1991 in four originals, each in the German and Dutch languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

HANS-DIETRICH GENSCHER

For the Land
of Lower Saxony:

GERHARD SCHRÖDER

For the Land
of North Rhine-Westphalia:

JOHANNES RAU

For the Kingdom
of the Netherlands:

H. VAN DEN BROEK

DALES

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,
LE LAND DE BASSE-SAXE, LE LAND DE RHÉNANIE-DU-
NORD-WESTPHALIE ET LE ROYAUME DES PAYS-BAS RELA-
TIF À LA COOPÉRATION TRANSFRONTALIÈRE ENTRE COL-
LECTIVITÉS OU AUTORITÉS TERRITORIALES ET AUTRES
ORGANISMES PUBLICS

La République fédérale d'Allemagne, le Land de Basse-Saxe, le Land de Rhénanie-du-Nord-Westphalie et le Royaume des Pays-Bas,

Conscients des avantages découlant de la coopération transfrontalière tels qu'ils sont mis en évidence dans la Convention-cadre européenne sur la coopération transfrontalière des collectivités ou autorités territoriales conclue le 21 mai 1980 à Madrid²,

Souhaitant donner à ces collectivités ou autorités et à d'autres organismes publics la possibilité de coopérer sur la base du droit public,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

DOMAINE D'APPLICATION

1) Le présent Accord s'applique

1. Dans le Royaume des Pays-Bas aux « provinces » et aux « gemeentent »,

2. Dans le Land de Basse-Saxe aux « Gemeinde », « Samtgemeinde » et « Landkreise »,

3. Dans le Land de Rhénanie-du-Nord-Westphalie aux « Gemeinde », « Kreise », « Landschaftsverbände » et au « Kommunalverband Ruhrgebiet ».

2) Les « openbare lichamen » visés par l'article 8 du « Wet gemeenschappelijke regelingen » du 20 décembre 1984, modifié en dernier lieu par la Loi du 13 décembre 1990, et les « Zweckverbände » peuvent prendre part à la coopération transfrontalière lorsque leur règlement intérieur les y autorise.

3) Chacun des Etats contractants peut, en accord avec les autres Etats contractants, désigner d'autres collectivités ou autorités communales auxquelles s'appliquent en outre les dispositions du présent Accord.

4) Le paragraphe 3 s'applique *mutatis mutandis* à d'autres personnes morales de droit public lorsque leur participation est admise par le droit interne et que des collectivités ou autorités communales de l'Etat concerné participent aussi aux formes de la coopération transfrontalière. Dans ces conditions, la participation de per-

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1993, soit le premier jour du deuxième mois ayant suivi la date à laquelle les Parties contractantes s'étaient notifiées (le 26 novembre 1992) l'accomplissement des formalités internes requises, conformément à l'article 13.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1272, n° I-20967.

sonnes de droit privé est également admise, à l'exception de la coopération visée à l'article 6.

5) Le présent Accord ne s'applique pas aux formes de coopération auxquelles participent uniquement des organismes publics allemands ou des organismes publics néerlandais.

6) Les organismes publics au sens du présent Accord sont les personnes nommées aux paragraphes 1, 2 et 3 ainsi que les personnes incluses au paragraphe 4.

Article 2

BUT ET FORMES DE LA COOPÉRATION

1) Les organismes publics peuvent, dans le cadre des attributions qui leur sont conférées par le droit interne, coopérer au titre du présent Accord afin de favoriser une exécution économique et adéquate de leurs tâches par le biais de la coopération transfrontalière.

2) Sans préjudice des possibilités offertes par le droit civil, la coopération peut avoir lieu par les moyens suivants :

1. Constitution d'associations intercommunales;
2. Conclusion de conventions de droit public;
3. Constitution de groupes de travail communaux.

Article 3

ASSOCIATION INTERCOMMUNALE

1) Les organismes publics peuvent constituer une association intercommunale, aux fins de l'exécution commune de tâches qui peuvent être prises en charge par une association de droit public selon le droit interne qui leur est applicable.

2) L'association intercommunale est une collectivité de droit public. Elle possède une capacité juridique.

3) Sauf disposition contraire du présent Accord, l'association intercommunale est régie par la législation de l'Etat contractant où elle a son siège.

Article 4

STATUTS ET STRUCTURE INTERNE DE L'ASSOCIATION INTERCOMMUNALE

1) Pour constituer l'association intercommunale, les organismes publics qui en font partie conviennent de statuts.

2) Les organes de l'association intercommunale sont l'assemblée et le comité directeur. Les statuts peuvent prévoir d'autres organes, à condition de respecter le droit interne applicable.

3) Les statuts doivent contenir des dispositions relatives aux aspects suivants :

1. Composition de l'association;

2. Tâches et attributions de l'association;
3. Nom et siège de l'association;
4. Compétences des organes de l'association et nombre de représentants des organismes publics dans les organes;
5. Procédure de convocation;
6. Majorité requise pour les prises de décision;
7. Publicité des séances;
8. Langue et forme des procès-verbaux de séance;
9. Manière dont les représentants des organismes publics à l'assemblée de l'association communiquent les informations aux organes de l'organisme public qui les a détachés;
10. Manière dont un représentant de l'organisme public à l'assemblée de l'association peut être tenu de rendre compte de son activité dans le cadre de cette assemblée à l'organisme public qui l'a détaché;
11. Manière dont l'assemblée de l'association communique des informations aux organismes publics qui sont convenus des statuts;
12. Mode de comptabilité;
13. Détermination des cotisations des membres;
14. Adhésion et retrait des membres;
15. Dissolution de l'association;
16. Liquidation de l'association après sa dissolution.

Ils peuvent contenir d'autres dispositions.

4) Toute modification des statuts requiert une majorité d'au moins deux tiers du nombre statutaire des représentants des organismes publics à l'assemblée. Les statuts peuvent prévoir des conditions supplémentaires.

5) Le détachement de représentants des organismes publics à l'assemblée de l'association est régi par le droit interne de l'Etat intéressé. Il en est de même pour les droits et obligations de ces représentants à l'égard des organismes qui les ont détachés, sauf disposition contraire du présent Accord.

Article 5

ATTRIBUTIONS DE L'ASSOCIATION INTERCOMMUNALE À L'ÉGARD DES TIERS

- 1) L'association intercommunale n'est pas autorisée à imposer des obligations à des tiers au moyen de règles de droit ou d'actes administratifs.
- 2) Les membres de l'association intercommunale sont tenus de prendre à l'égard de l'association, dans le cadre des attributions conférées par le droit interne, les mesures nécessaires à l'exécution de ses tâches.

Article 6

CONVENTION DE DROIT PUBLIC

1) Les organismes publics peuvent conclure entre eux une convention de droit public, dans la mesure où le droit interne des organismes publics participants l'autorise. Cette convention doit avoir une forme écrite.

2) Une convention de droit public peut notamment déterminer qu'un organisme public prendra en charge des tâches d'un autre organisme public en son nom et selon ses instructions, compte tenu du droit interne de ce dernier. Il est impossible de conclure une convention aux termes de laquelle un organisme public prend en charge en son nom les tâches d'un autre.

3) La convention de droit public doit contenir une disposition indiquant si et dans quelle mesure une exemption de responsabilité à l'égard des tiers peut être convenue dans les relations entre les organismes publics participants.

4) La convention de droit public doit contenir une disposition sur les conditions à remplir pour mettre fin à la coopération.

5) Sauf disposition contraire du présent Accord, le droit applicable est celui de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'obligation découlant de la convention doit être remplie.

Article 7

GROUPE DE TRAVAIL COMMUNAL

1) Des organismes publics peuvent constituer un groupe de travail communal au moyen d'une convention écrite. Un groupe de travail communal débat, selon la convention conclue, des affaires qui concernent l'ensemble des membres.

2) Un groupe de travail communal ne peut prendre de décisions contraignantes pour les membres ou pour des tiers.

3) La convention doit contenir des dispositions relatives aux aspects suivants :

1. Domaines de tâches dont le groupe de travail communal doit s'occuper;
2. Mode d'exécution de la coopération au sein du groupe de travail;
3. Siège du groupe de travail.

4) Sauf disposition contraire du présent Accord, le droit applicable au groupe de travail communal est celui de l'Etat contractant où le groupe a son siège.

Article 8

CONDITIONS DE VALIDITÉ DES MESURES DE COOPÉRATION TRANSFRONTALIÈRE

1) Les formes de coopération prévues au paragraphe 2 de l'article 2 ne peuvent être convenues et modifiées de façon juridiquement obligatoire que lorsque sont respectées les dispositions du droit interne des organismes publics participants relatives aux aspects suivants :

1. Compétence et prise de décision des organes des organismes publics;
 2. Conditions de forme;
 3. Autorisations;
 4. Publicité.
- 2) Les organismes publics visés par l'article premier doivent indiquer aux organismes publics situés dans l'autre Etat contractant les conditions énoncées au paragraphe 1.

Article 9

SURVEILLANCE

- 1) Si le droit interne le prévoit, les organismes publics participants se notifient les autorités de surveillance chargées de l'établissement, de la modification et de la cessation des formes de coopération visées au paragraphe 2 de l'article 2 auxquelles ils participent.
- 2) Les fonctions de surveillance des autorités compétentes des Etats contractants sur les organismes publics soumis à leur surveillance ne sont pas affectées.
- 3) La surveillance des associations intercommunales et des groupes de travail communaux constitués en vertu du présent Accord relève, conformément à la législation intérieure, des autorités de surveillance de l'Etat contractant dans lequel ils ont leur siège. L'autorité de surveillance veille à ce que soient préservés les intérêts de tous les organismes publics des autres Etats contractants qui font partie de l'association intercommunale ou du groupe de travail communal.
- 4) Les autorités de surveillance compétentes selon le paragraphe 3 et les autorités de surveillance des autres Etats contractants compétentes pour la surveillance des organismes publics participants se mettent mutuellement à disposition sur demande toutes les informations et se notifient les mesures essentielles et les résultats de leur activité de surveillance, dans la mesure où cela peut avoir des effets sur la coopération. Les mesures de surveillance prises par les associations intercommunales ou les groupes de travail communaux ne peuvent être prises qu'en concertation avec les autorités de surveillance compétentes des autres Etats contractants, sauf si elles ne peuvent être reportées.
- 5) Avant de prendre des mesures se rapportant à la coopération selon l'article 6, l'autorité de surveillance d'un Etat contractant en informe l'autorité de surveillance compétente de l'autre Etat contractant afin de permettre une harmonisation, sauf si la mesure ne peut être reportée.

Article 10

VOIE DE DROIT ET DROITS DES TIERS

- 1) Les tiers ont, à l'encontre d'un organisme public au bénéfice ou au nom duquel une association intercommunale ou un autre organisme public a pris en charge des tâches, tous les droits qu'ils auraient si ces tâches n'avaient pas été exécutées par le biais de la coopération transfrontalière. La voie de droit est régie par le droit de l'Etat contractant de l'organisme public dont la tâche doit être exécutée.

2) Outre l'organisme public dont la responsabilité est engagée selon le paragraphe 1, sont également responsables l'association intercommunale ou l'organisme public qui prennent en charge les tâches. Les droits à leur encontre sont régis par le droit de l'État contractant où ils ont leur siège.

3) Si un droit visé au paragraphe 1 est revendiqué contre un organisme public pour le compte duquel a agi une association intercommunale, celle-ci est tenue de dégager l'organisme public de sa responsabilité à l'égard des tiers.

Si le droit est revendiqué à l'encontre d'un organisme public qui a agi au titre d'une convention selon l'article 6, la responsabilité dans les relations entre ces deux organismes publics est régie par la disposition contenue dans la convention visée au paragraphe 3 de l'article 6.

Article 11

VOIE DE DROIT EN CAS DE DIFFÉRENDS ENTRE ORGANISMES PUBLICS

1) En cas de différends de droit public entre organismes publics, associations intercommunales ou groupes de travail communaux relatifs à la coopération transfrontalière, la voie de droit est régie par les dispositions de l'État contractant où le défendeur a son siège.

2) Les organismes publics participants peuvent se mettre d'accord par voie arbitrale.

Article 12

CLAUSE RELATIVE AU DOMAINE D'APPLICATION

En ce qui concerne le Royaume des Pays-Bas, le présent Accord ne s'applique qu'au territoire situé en Europe.

Article 13

ENTRÉE EN VIGUEUR

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date à laquelle le dernier État signataire aura informé les autres États signataires que les conditions intérieures requises pour l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies.

Article 14

DURÉE DE VALIDITÉ ET DÉNONCIATION

1) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

2) Chacun des États contractants peut dénoncer le présent Accord par écrit vis-à-vis des autres États contractants dans un délai de deux ans après l'expiration d'une année civile.

3) Si le Land de Basse-Saxe ou le Land de Rhénanie-du-Nord-Westphalie dénonce l'Accord, celui-ci reste en vigueur entre les autres États contractants. En

cas de dénonciation par l'un de ces Länder, l'autre Land peut, dans les trois mois suivant la réception de la dénonciation, déclarer qu'il s'y associe.

4) La dénonciation de l'Accord n'affecte pas les mesures de coopération entrées en vigueur avant qu'il cesse de produire ses effets ni les dispositions de l'Accord qui se rapportent directement aux formes de la coopération.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires à ce dûment autorisés ont signé le présent Accord.

FAIT à Isselburg-Anholt le 23 mai 1991 en quatre exemplaires originaux, chacun en langues allemande et néerlandaise, chaque texte faisant également foi.

Pour la République fédérale
d'Allemagne :

HANS-DIETRICH GENSCHER

Pour le Land
de Basse-Saxe :

GERHARD SCHRÖDER

Pour le Land
de Rhénanie-du-Nord-Westphalie :

JOHANNES RAU

Pour le Royaume
des Pays-Bas :

H. VAN DEN BROEK

DALES

PROTOCOLE

Lors de la signature, le 23 mai 1991 à Isselburg, de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne, le Land de Basse-Saxe, le Land de Rhénanie-du-Nord-Westphalie et le Royaume des Pays-Bas relatif à la coopération transfrontalière entre collectivités ou autorités territoriales et autres organismes publics, les Parties contractantes sont convenues des dispositions suivantes, qui font partie intégrante de l'Accord :

Les Parties contractantes s'efforceront d'assurer une interprétation uniforme du présent Accord dans son domaine d'application. Est déjà destinée à cette fin la justification que les Parties contractantes ont élaborée ensemble pour l'Accord et qu'elles lui adjoindront dans le cadre de la procédure intérieure d'approbation. Si une Partie contractante juge nécessaire de tenir des consultations sur l'interprétation ou l'application de l'Accord, les Parties contractantes se réuniront à cette fin au niveau des ministères compétents.

FAIT à Isselburg-Anholt le 23 mai 1991 en quatre exemplaires originaux, chacun en langues allemande et néerlandaise, chaque texte faisant également foi.

Pour la République fédérale
d'Allemagne :

HANS-DIETRICH GENSCHER

Pour le Land
de Basse-Saxe :

GERHARD SCHRÖDER

Pour le Land
de Rhénanie-du-Nord-Westphalie :

JOHANNES RAU

Pour le Royaume
des Pays-Bas :

H. VAN DEN BROEK

DALES
